

Die Hauptredaktion ist in Berlin, Charlottenburg, am 1. März 1922. Der Verlag ist in Berlin, Charlottenburg, am 1. März 1922.

Die Hauptredaktion ist in Berlin, Charlottenburg, am 1. März 1922. Der Verlag ist in Berlin, Charlottenburg, am 1. März 1922.

# STREIFER

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Dittmanns Anflage gegen Groener

Die gestrige stürmische Reichstags-Sitzung fand während der Rede des Genossen Dittmann ein plötzliches unvorhergesehenes Ende. Dittmann hatte sich mit scharfen Worten gegen die Maßnahmen Groeners gewandt. Er zitierte sein Wort aus dem Januarstreik 1918: Ein Hundstot ist, wer streift, und fügte dem schließlich die Bemerkung hinzu, daß man jetzt mit Groeners eigenen Worten sagen könne: Ein Hundstot, wer Beamte maßregelt. Von der Rednertribüne wurde stürmisch verlangt, daß Dittmann zur Ordnung gerufen werde. Der deutschnationalen Vizepräsident Dietrich aber sah keine Veranlassung dazu. Erst als der Tumult sich nicht legte, richtete er die Mahnung an die Abgeordneten der Linken, die vor der Rednertribüne standen und Dittmann gegen die Unruhe der Deutschnationalen unterstützten, ihre Plätze einzunehmen. Dem wurde entsprochen, der Platz vor der Rednertribüne wurde frei.

Damit aber nicht zufrieden, skandalisierten die Deutschnationalen weiter, und anstatt nun die Mahnung zur Ruhe und zum Einnehmen der Plätze auch nach rechts zu richten, richtete sie Dietrich erneut nach links. Inzwischen hatten die Demokraten, deren kapitalistisches Herz durch die Angriffe gegen Groener ansehend besonders schmerzhaft getroffen war, durch ihren Führer Gothe in den schlafmüchtigen Präsidenten scharf gemacht. Zur Überraschung des ganzen Hauses unterbrach dieser nun plötzlich in seiner völligen Hilflosigkeit die Sitzung und beaumte die neue Sitzung für heute mittag an. Stürmisches Händeklatschen auf der Linken, verbuchte Geschrei in der Mitte und überaus traurige Miene auf der Rechten waren das ungewollte Ergebnis. Der Saal blieb noch längere Zeit angefüllt von den lebhaft diskutierenden Gruppen, für die die kalte Duffe, die Herr Dietrich von seinen Parteifreunden erhielt, als er seinen Präsidentensitz verlassen hatte, besonderen Anlaß zur Heiterkeit bot.

Die Sitzung wurde eröffnet mit einer Rede Groeners, der sich bemühte, sowohl sein Vorgehen wegen der Verlängerung der Arbeitszeit, als auch in der Frage der Maßnahmen, der Befolgungen usw. zu rechtfertigen. Nach ihm hatte Weis fruchtlose Versuche unternommen, aus den Verhandlungen der Nationalversammlung nachzuweisen, daß es wohl ein Koalitionsrecht, aber kein Streikrecht der Beamten gebe. Weis will nur für den Fall der „Notwehr“ ein bedingtes Streikrecht der Beamten anerkennen, verlangt aber eine Nachprüfung des Beamtenrechts, da das Streikrecht mit der weiteren Gewährung der Beamtenprivilegien unvereinbar sei. Um die klare Stellung zur Nothilfe suchte er sich herumzudrücken, indem er now meinte, daß auch U. S. P.-Genossen Wasser benutzt hätten, das durch die Arbeit der Nothilfe geliefert worden war.

Der Zentrumsredner Dr. Höfle, Vertreter des christlichen Beamtenbundes, bedachte rückhaltlos die Erklärung des Reichsanwalters und verneinte das Recht der Beamten auf Streik. Um Reklame für seine christliche Beamtenbewegung zu machen, bestritt er ferner, daß die Reichsgewerkschaft der Nothilfe geliefert worden war.

Seine Rede fand indirekt eine Ergänzung durch die spätere Rede des Reichsanwalters Dr. Wirth. Wirth plauderte nämlich aus, daß die Vermittlung zwischen ihm und der Reichsgewerkschaft über die Verhandlungen betreffend den Schutz gegen Maßnahmen durch Dr. Höfle hergestellt worden sei. Bedenkt man, daß der Versuch unserer Partei, eine Vermittlung herbeizuführen, abgelehnt wurde, und daß sie später mit Hilfe der schlauen Zentrumsgrößen gesucht wurde, so begreift man auch, daß die Maßnahmen so ungünstig ausgefallen sind. Die Reichsgewerkschaft war auf den Leim getreten, den die schlaue Taktiker gereicht hatten.

Die mit Spannung erwartete Rede der Deutschen Volkspartei wurde von dem früheren Wirtschaftsminister Dr. Scholz gehalten. Sie war ebenso wie die Rede des deutschnationalen Bürgermeisters Dr. Berndt eine brutale Schärferrede. Scholz' Darlegungen werden gekennzeichnet durch seinen Ausdruck, seine Partei könne dem Reichsanwalt für seine gestrigen Worte Vertrauen, für seine Taten nur uneingeschränktes Mißtrauen aussprechen.

Nach Dr. Scholz hielt der Reichsanwalt eine zweite Rede, in der er zugeben mußte, daß es gegenüber der elementaren Kraft einer streikenden Beamtenschaft mit der strikten Abschaffung von Verhandlungen aus Prestige-Gründen nicht getan sei. Hier gelte es politisch zu handeln. Auch sonst war Wirths Rede von seiner ersten. Hatte er in dieser den Streik der Beamten als Revolte bezeichnet, so verwarf er gestern nachdrücklich darauf, daß der Streik ein Zeichen der ungeheuren Erregung sei, die die weite Bevölkerungsschichten, die Not und Elend leiden, ergreifen habe. Es ist bedauerlich, daß der Reichsanwalt solche Worte nicht schon während des Streiks gefunden hat, und es ist nur zu hoffen, daß er sein gestriges Wort, er stehe

zu seinen Versprechungen bezüglich der Maßnahmen, durch Taten beweist. Die heutige Sitzung wird mit der Fortsetzung der Rede des Genossen Dittmann beginnen.

### Abg. Dittmann (U.S.P.):

Die eben gehörte Rede des Reichsanwalters befand sich in einem gewissen Gegensatz zu der Rede, die er hier gestern im Auftrag der Koalitionsparteien zu erledigen hatte. Die gestrige Rede muß von allen denen, die nicht die Aufgabe der Regierung darin sehen, ihre Autorität unter allen Umständen zu wahren, wenn auch das ganze Wirtschaftsleben dabei zugrunde geht, als schärfste verurteilt werden. (Sehr wahr! links.) Der Vorstand der Reichsgewerkschaft besteht in seiner Mehrheit aus Angehörigen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Hier im Hause sitzen fünf Abgeordnete, die Mitglieder der Reichsgewerkschaft sind: der Demokrat Schulz, die beiden Stinnespartei-Genossen Lunnah und Seibert sowie die beiden Deutschnationalen Decker und Schmidt-Berlin. Von Abgeordneten der Linken gehört kein einziger dieser Organisation an. In der Ausschussberatung hat ein Mitglied des Zentrums die Reichsgewerkschaft bezeichnet als sogenanntes neutrales Eisenbahnbeamtenverband, der in dem alten Obrigkeitsstaat jahrzehntelang auf gepöppelt und aufgeküßt worden sei, als eine Organisation, die nie dem Mut gedacht habe, sich zur Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu bekennen, die gemeint habe, daß sie ein Staat für sich sei.

keine Rücksicht auf die Arbeiterschaft zu nehmen hätte“.

Die geistigen Nährväter dieser Gewerkschaft sind die Vertreter des alten Obrigkeitsstaates: Hergt und Westarp. Sie haben die Reichsgewerkschaft ausgegliedert als Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften nach dem Prinzip: Teile und herrsche! Unter den Ministern Koch und Dezer wurde der ganze amtliche Apparat zur Propaganda für diese Gewerkschaft zur Verfügung gestellt, Flugblätter, Werbeproschüren aller Art sind für die Eisenbahner als Dienstliche besorgt worden. Die Diensttelegraphen und Diensttelefone standen dieser Gewerkschaft zur Verfügung. Durch Schaffung von 70.000 neuen Beamtenanwärtern hat man sogar der Reichsgewerkschaft neue Mitglieder zuführen wollen. Diese Politik ist auch vom Reichsminister Groener als Verkehrsminister fortgesetzt worden. Eintragungslisten wurden den Beamten dienlich mit einem Laufzettel durch den Dienstorgane vorgelegt, ebenso wichtige Mitteilungen der Zentral- und Bezirksstellen amtlich in Umlauf gelegt. Mitglieder der Reichsgewerkschaft mußten die Kennzeichnung beibehalten. Dieses Verhältnis hat bisher mit der Reichsgewerkschaft bestanden, die jetzt in den Streik eintrat. Wenn nun selbst diese frommen Kennzeichnung plötzlich mild geworden sind, wenn sich bei ihnen die Mißbilligung der kommenden Denkmäler in gütiger Danksagung verwandelt, so muß das doch wohl seine Ursachen haben. (Stürmisches sehr richtig links.) Aus einem mir zur Verfügung stehenden umfangreichen Aktienmaterial der Reichsgewerkschaft habe ich ersuchen können,

wie die Streikneigung allmählich aufgefommen ist,

wie sie auf die Zentrale übertragen worden ist, wie die Zentrale fortgesetzt von einer Ortsguppe nach der andern bestimmt worden ist, endlich härtere Maßnahmen zu ergreifen, wie die Zentrale fortgesetzt bemüht war, zur Gebuld zu mahnen und auf den Verhandlungsweg zu weisen.

Zwei Punkte sind es, die zum Streik gedrängt haben. Die absolute Unzulänglichkeit der Gehälter der unteren und mittleren Beamten und die beabsichtigte und verübte Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn und zwölf Stunden. Täuschen Sie sich nicht, in allen Ressorts, im Reich, in den Staaten und Gemeinden herrscht bei den unteren und mittleren Beamten eine maßlose und nur zu berechtigende Empörung darüber, wie man mit ihren Lebensinteressen umgesprungen ist. (Sehr wahr! links.) Täuschen Sie sich nicht, dieser Streik hat ungeheure Sympathien bei allen unteren und mittleren Beamten ausgekostet, wenn sie es auch nicht gewagt haben, in den Streik zu treten. Bei den Arbeitern nicht minder. Diese Beamtenkategorien waren schon im alten Obrigkeitsstaat miserabel entlohnt. Die Geldentwertung bringt diese Schichten geradezu in die Notwendigkeit hinein. Das Existenzminimum wurde von Dr. Kautzniski auf 2.600 M. berechnet. Die meisten unteren und mittleren Beamten bleiben weit hinter diesem Existenzminimum zurück. Das Gros der Lokomotivführer hat bis ins 40. Jahr hinein ein Durchschnittseinkommen von 22.000 M., im 60. Jahre 30.400 M. Dazu kommt, daß das durchschnittliche Lebensalter überhaupt nach amtlichen Feststellungen nur 47 Jahre beträgt. Das heißt also, daß das Endgehalt für die meisten Beamten unerreicht ist. Die Beamten sinken herab zum Pauper, ein Schicksal, das sie mit der Masse der Angestellten und Arbeiter teilen.

Diese Massenverelendung ist ja das schlimmste, das der verbrochenisch begonnene und verbrochenisch verlängerte Weltkrieg gebracht hat.

(Sehr Weisfall links.) Während man so den unteren und mittleren Beamten nicht das Existenzminimum gewährt, erhalten die höheren Beamten Gehälter, die das fünf- und mehrfache der Gehälter der unteren Beamten betragen, Gehälter von 100.000 bis zu 200.000 Mark.

Das Kabinett scheint gar nicht zu wissen, was in den Ressorts gespielt wird, wie man dort systematisch seine Politik durchkreuzt, wie durch das absolute Vorgehen der höchsten Verwaltungsbureaus die Ansehen der Regierung bei den unteren und mittleren Beamten untergraben wird. Die Minister sind schwächlicher der höheren Bürokratie gegenüber. Diese sind direkt Kontraste, um der Regierung Ungelegenheiten zu bereiten, um ihre Autorität für eine Sache zu engagieren, damit die Re-

gierung discreditiert und klammert werden kann. So auch bei dem Eisenbahnstreik. Die Regierung hat sich zu Gewaltmaßnahmen zwingen lassen, die die Autorität und das Prestige heben sollten. In Wirklichkeit ist das Ansehen der Regierung untergraben und der Absolutismus der alten Bürokratie gefestigt worden. Und bei wem kann damit der Reichsanwalt gewaltige Eroberungen machen? Etwa bei Stinnes? Sie haben ja aus den Reden, die heute hier gehalten wurden, gehört, wie es darum steht. Aber bei den Arbeitern hat der Reichsanwalt enorm an Vertrauen eingebüßt. Seine Position ist nicht gefährdet, sondern geschwächt worden. In den Eisenbahnbezirken Cassel, Halle, Königsberg, Ebersfeld, Dresden, Erfurt, Hannover und zahlreichen einzelnen Dienststellen ist man systematisch darauf ausgegangen, die Dienstzeit der Beamten zu verlängern. Man geht heuchlerisch und verlogen dabei vor, indem man versichert, man wolle den Achtstundentag nicht antastet. Aber einer Gruppe nach der andern wird der Achtstundentag nach und nach geraubt, hinterlistig und heimtückisch. Hat man ihn erst bei der Eisenbahn beseitigt, acht man auch bei der Post und anderen Reichsbetrieben daran. Die Privatbetriebe folgen dann. Der Achtstundentag wurde im November 1918 von uns Volksbeauftragten eingeführt als Maximalarbeitszeit. Er ist einer der

### wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Diese Verordnungen bestehen bis auf den heutigen Tag zu Recht. Groener hat am 15. August vorigen Jahres einen Ulas hinausgehen lassen, in dem er aus dem achtstündigen Maximalarbeitszeit einen Minimalarbeitszeit machte und dekretierte, die Dienstzeit betrage mindestens 48 Stunden in der Woche und hinzufügte: „Inwieweit der Dienst nicht bloß aus Dienstzeit besteht, ist die Zeit von 48 Stunden entsprechend zu erhöhen.“ Das ist offene und geschweherte Aufforderung zur Beseitigung des Achtstundentages, zur die Groener zur Verantwortung gezogen werden muß. Der Minister des Innern, der Reichsarbeitsminister, der Justizminister wären verpflichtet, von Amts wegen einzuschreiten gegen die Gehehe mißbräuchlich im Reichsverkehrsministerium (Verhältnis sehr wahr links). Privatunternehmer sind wiederholt gerichtlich bestraft worden wegen Ueberführung des Achtstundentages. Gegen die Verwaltung der Reichsbetriebe wird nicht vorgegangen. Nein, gegen die sich verzweifelt gegen ihre Vergewaltigung wehrenden Beamten werden alle staatlichen Gewaltmittel in Bewegung gesetzt. So hat man die Eisenbahner in den Streik hineingetrieben, durch die Politik Groener und Genossen. (Sehr wahr!) Was es um die Reichsgewerkschaft stehen, wie es will. Durch eine Vertiefung besonderer Umstände ist sie in ihrem Verzweigungskampfe zum Preisrichter für die Erhaltung des Achtstundentages geworden. Damit war ihre Sache zur Sache des ganzen deutschen Volkes geworden. Die zwölfstündige Arbeitszeit degradiert den Menschen zum Arbeitstier, der Achtstundentag ist die Voraussetzung zur Menschwerdung des Proletariats. Wo Proletarier im Kampfe um den Achtstundentag stehen, werden sie immer und unter allen Umständen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands an ihrer Seite finden. Deshalb erklären wir ganz offen und frei: Der Kampf der Eisenbahner war heilig durchaus berechtigt. Daß er die Form des Streiks annahm, ist nicht die Schuld der Reichsgewerkschaft, sondern des Verkehrsministeriums durch seine fortgesetzten unerhörten Provokationen. Groener und Genossen sind die Streikverheber. Wenn Sie jemand zur Verantwortung ziehen wollen, bitte, nehmen Sie sich Herrn Groener vor. Die Verordnung des Reichspräsidenten war eine Verfallungsverletzung. Artikel 134 der Verfassung sagt klar und bestimmt: „Allen Beamten wird die Vereingungsfreiheit gewährleistet.“ Artikel 133 belegt ferner: „Vereingungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufsstände gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen sind rechtswidrig.“ Damit ist die Verordnung des Reichspräsidenten gekennzeichnet und verurteilt. Sie ist rechtswidrig. Deshalb haben wir die Aufhebung gefordert. (Sehr wahr!) Die Revolution hat alle Staatsbürger rechtlich gleich gestellt. Der Not der Volksbeauftragten, dem ich bekanntlich persönlich angehört habe, hat am 12. November 1918 dekretiert, das Vereingungs- und Vereingungsrecht unterteilt seiner Beschränkung auch nicht für die Beamten und Staatsdiener. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptorgan der Deutschnationalen, hat am 16. April 1919 geschrieben:

„Der Erlaß der Reichsbeauftragten gewährt auch den Beamten die volle Vereingungsfreiheit ohne jede Einschränkung.“

Der Erlaß besteht noch heute zu Recht. Deshalb haben auch die Beamten das Streikrecht. Wenn die Ebert-Verordnung sich auf das Beamtenrecht des kaiserlichen Deutschland beruft, so hat die Reichsverfassung dieses Beamtenrecht aufgehoben. Die Verordnung des Berliner Reichspräsidenten, die Verletzung der Streikführer und die Vereingungsrechte der Streikverheber war ein willkürlicher, schamloser Gewaltakt. Damit war das Vereingungsrecht aufs schlimmste in Gefahr.

Wir freuen uns, daß das Proletariat in so imponierender Weise seine Sympathie mit den Streikenden gezeigt hat, auch wir sind der Meinung, daß es richtig ist, daß ein solcher Massenkampf, der eine Gruppe nach der anderen und schließlich die ganze Bevölkerung hineinzieht, nicht von einer einzelnen Beamtenschaft auszugehen kann, daß sie von der gesamten Arbeiterschaft auszugehen muß. Ich bedaure, daß die Gewerkschaften gegen die streikenden Arbeiter in dem Augenblick des U. S. P. ausgespielt wurden, daß der U. S. P. seine ganze Kraft gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten einsetzte. Erst fort mit den Ausnahmeverordnungen! Es hätte es heißen müssen. Jetzt aber es scheinen die Gewerkschaften den Arbeitern als Hilfsorgane der Regierung zur Niederrückung des proletarischen Kampfes. Das muß ihr Ansehen im Proletariat erschüttern. Das Verhalten der

Epithenorganisationen erklärt sich zu einem guten Teil daraus, daß ihre leitenden Personen politisch sehr eng verbunden sind mit einer der Regierungsparteien, mit der Sozialdemokratie. Hier hat sich wieder einmal die lähmende Wirkung der Koalitionspolitik der Rechtssozialisten gezeigt. Der Eisenbahnerstreik erinnert mich sehr stark

an den Streik im Januar 1918.

Auch damals mißbilligten die Gewerkschaften den Kampf, auch damals wurde der Streik durch Ausnahmeverordnungen verboten. In der Streikleitung lagen sechs Parlamentarier: außer Ledebour, Haase und mir auch Heinemann Otto Braun und Ebert! (Stürmische Unruhe im ganzen Haus.) Eines Tages teilte uns Ebert mit verächtlichem Lächeln mit, daß er als erster die Ausnahmeverordnung zugestimmt habe, und sagte: Der Witz ist für die Kahl! (Stürmische beifällige Unterbrechungen.) Ein außerordentliches Gericht hat mich damals zu zwei Monaten Gefängnis und vier Jahren Festung verurteilt, weil ich in einer Versammlung für den Frieden und für den Streik habe sprechen wollen. Man hat mich in der Versammlung nach wenigen Worten verhaftet. Vor mir hatte allerdings ein Redner Gelegenheit, über 20 Minuten für den Streik zu sprechen. Sein Name ist bisher nicht bekannt geworden: Es war Herr Ebert, der Ebert, der heute als Reichspräsident einen solchen „Witz“ unterzeichnet. (Stürmische Unterbrechungen.) Es scheint, daß man bezüglich der Rechtssozialisten das bekannte Wort dahin ändern muß:

In dem Amt verlieren sie den Verstand!

Sie passen zu Groener. Der war es ja der den Arbeitern zurief: Wer streikt, ist ein Hundstot! Herr Groener hat das Kabinett auch jetzt mit der Drohung seines Rücktritts gezwungen, die Ebert-Verordnung zu erlassen und nicht mit den Streikenden direkt zu verhandeln. Groener hat das Angebot der Streikenden abgelehnt, Notstandsmaßnahmen hauptsächlich in bezug auf die Lokomotiven auszuführen. Alle gepflanzten Kessel, alle wirtschaftlichen Schäden kommen auf sein Schuldkonto. (Hört, hört!) Der Streik hätte schon am ersten Tage beigelegt werden können, wenn sein trotziger Herrndünkel es zugelassen hätte. Er hat als General schon dem deutschen Volke einen Schaden zugefügt, er hat im Kriege die Eisenbahn heruntergewirtschaftet und ist jetzt das Haupthindernis für einen vernünftigen Wiederaufbau der Eisenbahn.

Der Reichskanzler sollte sich darüber klar sein, daß dieser General kein Reichsverkehrsorgan leiten kann. Die Zeit für Generale ist bei uns jetzt vorüber, sie können sich höchstens noch im Panoptikum sehen lassen. (Stürmische Heiterkeit links und Widerspruch rechts.) Im letzten Sommer insizierte Herr Groener einige Eisenbahndirektionsbezirke und kam auch nach Erfurt. Dort trat ihm ein Beamtenvertreter entgegen. Groener hat um dessen Namen. Dann erwiderte er: So, Sie sind Herr Renne, mit Ihnen verhandle ich nicht! (Stürmische Zwischenrufe. Hört, hört! links.) Stellen Sie sich einmal jedoch das Umgekehrte vor: wenn Herr Renne zu Herrn Groener gelangt hätte: Sie sind Herr Groener? Mit Ihnen verhandle ich nicht. (Heiterkeit im ganzen Hause.) Das Recht hat ein Beamtenvertreter dann ebenso, wenn es Groener haben soll.

Die Grundgehälter der unteren Beamten müssen den Zeitverhältnissen angepasst werden. Wenn der Wille vorhanden ist, ist auch die Möglichkeit dazu da. Wenn die Reichsfinanzen das nicht erlauben, so ist das ein Grund mehr für die Erfassung der Sachwerte. Diese Forderung wird damit auch zu einer Forderung speziell im Beamteninteresse. Die Beamten sind von einer

maßlosen Erbitterung und Empörung

darüber erfüllt, daß man den Streikbrechern 200 M. Tageslohn und 1000 M. Belohnung bezahlt. (Hört, hört!) Aus welchem Korruptionsfonds, Herr Groener, nehmen Sie dieses Geld? (Zustimmung links.) Wir verlangen Auskunft darüber. Wir verlangen, daß das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahner zurückgezogen wird. Die Frage der Arbeitszeit kann nur generell für alle Arbeiter, Beamten und Angestellten geregelt werden, ein solches Arbeitszeitgesetz darf aber nicht am Achtstundentag rütteln. (Lebhafte Zustimmung links. — Große Unruhe rechts.)

In der Frage der Maßregelungen ist der Reichskanzler mit seiner persönlichen Ehre engagiert. Er hat die Zusage gemacht, daß keine Maßnahmenregelungen vorgenommen werden. Daran festhalten aber die Groenergeistes nicht. Es kommen die Meldungen aus dem Reich, daß hundstweise, hundertweise die Beamten entlassen werden. Da möchte ich Herrn Groener auf sein Wort: Ein Hundstot, der streikt“ entgegen: „Ein Hundstot, der maßregelt!“ (Lärm. — Lebhaftige Zustimmung auf der linken Seite.) Der Vizepräsident Dietrich (Dil.) verliert Ruhe zu schaffen und fordert die Abgeordneten von der linken auf, ihre Plätze einzunehmen. Diese wollen der Anordnung des Präsidenten folgen, da aber die Rechte der Anordnung des Präsidenten nicht nachkommt, bleiben auch sie an der Rednertribüne stehen. Fortdauernde Unruhe. — Der Präsident ruft: Ich schließe die Sitzung. — Nach einer Pause gibt er bekannt: Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. — Eine Tagesordnung steht somit für den morgigen Verhandlungstag nicht fest.

## Die kleinen Eisenbahnkönige

Es ist bekannt, daß der Reichskanzler Dr. Wirth bei den Besprechungen mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft sich unter Einlegung seiner Kanzlerwürde dafür einsetzte, daß Massendisciplinierungen nicht stattfinden sollen. Wie die untergeordneten Verwaltungsinstanzen diese Kanzlerwürde auffassen, kann man alle Tage in erster Linie im Berliner Bezirk beobachten. Jeder Regierungsrat gebärdet sich wie ein wild gewordener Eber im Porzellanladen; er schlägt alles entzwei, was ihm gerade unter die Finger kommt.

Ein typischer Fall sei hier mitgeteilt. Unter dem 6. Februar hat der Vorsteher des Eisenbahnbetriebsamtes 9, Regierungsrat Perle, mehrere hundert hektographierte Schreiben an das ihm verwaltungsseitig unterstellte Personal gerichtet, mit folgendem Wortlaut:

„Trotz der wiederholten Aufforderung zur pflichttreuen Wiederaufnahme Ihres Dienstes halten Sie sich nach wie vor vom Dienste fern und beteiligen sich am Streik der Eisenbahn-Beamten. Hierdurch haben Sie sich eines großen Verstoßes gegen die gemeinsamen Bestimmungen für alle Beamten schuldig gemacht. Gemäß §§ 16 und 17 dieser Bestimmungen kündige ich Ihnen hiermit das Dienstverhältnis derauf, daß Sie mit dem 31. Januar d. J. aus dem Eisenbahndienste scheiden. gez. Perle.“

Während also der Herr Reichskanzler Massendisciplinierungen ablehnt, glaubt ein simpler Regierungsrat sich nicht im entferntesten daran halten zu müssen. Während der Präsident der Eisenb.-Dir. den Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Dienstes auf Donnerstag, den 9. Februar, festsetzt, glaubt dieser Regierungsrat die Kündigung schon am 6. Februar herausgehen lassen zu können. Nachdem er sich jedoch überzeugen mußte, daß damit seinerseits wieder der ganze Betrieb gefährdet wird, nahm er unter dem 7. d. Mts. bei einzelnen Beamten die Kündigung wieder zurück, bei anderen dagegen nicht.

Wir fragen: Wie lange gedankt die Regierung und wie lange gedankt die Öffentlichkeit sich dieses schamloseren Treibens einzelner Oberbeamten anzusehen? Wir fordern hiermit, daß gegen diese Leute das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Amtsentlassung wegen Ungehorsams gegen die Regierung eingeleitet wird. Diese kleinen Eisenbahnkönige sind die wirklichen Ecksteine am Staatskörper. Durch ihr Verhalten wird unter der Beamenschaft jene Stimmung erzeugt, die sich notwendigerweise in Streiks entladen muß.

## Die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes

Zur Wiederaufnahme des Betriebes der Reichseisenbahnen hören die V. B. K. an zuständiger Stelle:

Der Eisenbahnerstreik kann als beendet angesehen werden. Sowohl die Beamten wie die Arbeiter sind mit ganz geringen Ausnahmen vollständig zum Dienst erschienen. Nur in Hamburg streikten auf dem Bahnhof und in der Betriebswerkstätte noch 160 Beamte. Sie veranstalteten Protestversammlungen und Demonstrationsumzüge mit Frauen und Kindern, um die Zurücknahme einzelner Maßregelungen zu erzwingen.

Der Verkehr nähert sich immer mehr dem normalen Verkehr. Andererseits machen sich vielerorts Betriebschwierigkeiten bemerkbar, vor allem deshalb, weil der auf die Frostschäden zurückzuführende Ausfall an Lokomotiven zu einer starken Lokomotivknappheit geführt hat. Die Betriebsleistungen, wie sie vor dem Streik erzielt wurden, können deshalb sowohl im Personen- wie im Güterverkehr in nächster Zeit noch nicht erreicht werden. Die Beseitigung der Schäden an Lokomotiven wird mit Hochdruck betrieben.

In Berlin ist seit gestern der Verkehr auf der Ring- und Stadtbahn und den anschließenden Vorortstrecken auf 50 Prozent des normalen Verkehrs gesteigert; auf der Stadtbahn fährt also alle 5 Minuten, auf der Ringbahn alle 10 Minuten ein Zug. Der Verkehr auf der Wanneseebahn und der elektrisch betriebenen Strecke nach Lichterfelde-Ort und Zossen ist wieder normal. Die Abfertigung der Züge im Fernverkehr hat sich ebenfalls wesentlich gesteigert.

## Erklärung

In Nr. 67 der „Freiheit“ vom 9. Februar veröffentlicht Genosse Aufhäuser unter der Ueberschrift „Agitation und Verantwortlichkeit“ kritische Betrachtungen über den Eisenbahnerstreik und die Stellungnahme der U. S. P. D. dazu. Wir gehen hier nur ein auf den einen Satz, in dem das Verhalten der Unterzeichneten gerügt wird. Aufhäuser sagt nämlich:

„In den Streikversammlungen vom Dienstag gaben Parteiredner ihre bedingungslose Uebereinstimmung mit den Referenten bekannt obwohl selbst der Vorstand der Reichsgewerkschaft die in diesen Versammlungen vertretenen materiellen Forderungen nie anerkannt hat.“

Diese Behauptung des Genossen Aufhäuser, der selbst an keiner jener Versammlungen teilgenommen hat, beruht auf völlig irrigen Informationen. Zur Richtigstellung erklären wir hiermit folgendes:

Unsere Teilnahme an jenen Versammlungen wurde veranlaßt durch eine an die Fraktion der U. S. P. D. im Reichstag ergangene Einladung. Als sie nachmittags, am 7. Februar, im Reichstag nach Beendigung der Sitzung eintraf, beschloß die noch anwesenden Fraktionsmitglieder nach eingehender Aussprache die Beschickung der Versammlung. Jedoch trafen nur die Unterzeichneten noch rechtzeitig genug in drei Versammlungen ein, um das Wort ergreifen zu können. Die Referate waren bereits beendet, oder es waren nur noch kurze Schlusssätze zu vernehmen. In keinem Falle hat einer von uns sich „bedingungslos“ oder auch nur teilweise mit den Referenten einverstanden erklärt. Vereinbarungsgemäß haben wir uns jeder Einmischung in die strittigen Fragen der gewerkschaftlichen Taktik enthalten und uns auf die kurze Darlegung der Stellungnahme unserer Partei zu den die gesamte Arbeiterkraft und ihre politische Vertretungen aus das höchste interessierenden Fragen beschränkt, nämlich: die Verteidigung des achtstündigen Arbeitstages und die Abwehr gegen die Ebert-Verordnung, die den Beamten das Streikrecht abtut. Im Zusammenhang damit haben wir Verhandlungen mit den Streikenden und Schutz vor deren Maßregelung verlagert.

Wir sind überzeugt, mit unseren Ausführungen nicht nur unserer Partei, sondern der gesamten Arbeiterbewegung und damit auch der Gewerkschaftsbewegung dienlich gewesen zu sein und wollen deshalb den völlig unbegründeten Angriff auf uns mit aller Entschiedenheit zurück.

Georg Ledebour. Kurt Rosenfeld.  
Wilhelm Hoffmann (Schmargendorf).

## Mann über Bord!

Ausschlußverfahren gegen Sepp Dertter

Der rechtssozialistische Braunschweiger „Volksfreund“ veröffentlichte unterm 9. Februar ein Schreiben, das der ehemalige braunschweigische Ministerpräsident und braunschweigische Landtagsabgeordnete Sepp Dertter an den braunschweigischen Großfabrikanten Wemmel zum Zwecke einer geschäftlichen Beteiligung an Wemmels Unternehmungen gerichtet haben soll. Der Inhalt dieses Schreibens, das der sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet, wird wie folgt angegeben:

„Wetter Herr Wemmel! Sie werden sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß ich mich jederzeit bemüht habe, in Ihrem und dem Interesse Ihres Betriebes tätig zu sein. Es ist mir nun ein Bedürfnis, die Beziehungen, welche mich mit Ihnen verbinden, zu dauernd für Gegenwart und Zukunft zu machen. Ich schlage Ihnen deshalb ein vertragliches Verhältnis vor, durch welches ich mich verpflichte, jederzeit mit Rat und Tat Ihnen zur Seite zu stehen und — falls eine Ablösung von meinem gegenwärtigen Posten erfolgen sollte — dauernd in Ihre Dienste zu treten. Diese Verpflichtung würde alle Unternehmungen betreffen, an denen Sie beteiligt sind. Als Gegenleistung Ihrerseits schlage ich vor:

1. Solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten bin (Braunschweigischer Ministerpräsident), sichern Sie mir aus dem buchmäßigen Reingewinn Ihrer Unternehmungen 3 Proz. zu.
2. Wenn ich dauernd in Ihre Dienste trete, 10 Proz. des Reingewinnes.
3. Die Abrechnungen darüber erfolgen am Jahresabschluss; doch kann ich Vorhülle auf die Abrechnungen erheben, und zwar für die Zeit unter 1. in Höhe von 3000 M. und unter 2. von 10 000 M.

Der Vertrag würde laufen vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1931. Er kann jedoch von beiden Seiten zum Schlusse eines jeden Jahres ein Vierteljahr im voraus gekündigt werden.

Diese finanzielle Regelung ist für mich erforderlich. Sie werden begreifen, daß ich jetzt schon Ausgaben da und dort habe; die leinerzeitige Fahrt nach Kühle bezüglich des Bodenerwerbes für den Brauch. Es kam mir mit den Ausgaben für den Chauffeur auf etwa 700 M. da ich einen eigenen Wagen benutzen mußte. Ich hoffe, daß Sie mit meinen Vorschlägen einverstanden sind. Ihrer recht baldigen Antwort sehe ich entgegen.“

So weit das Schreiben, über dessen skandalösen Inhalt kein Wort zu verlieren ist. Dertter hat zugesichert müssen, daß er den vorliegenden Brief entworfen hat. Er leugnet allerdings, diesen Brief abgefaßt zu haben. Die unabhängige Fraktion im Braunschweigischen Landtag hat darauf sofort Schritte unternommen, um Dertter zur Niederlegung seines Landtagsmandats zu veranlassen. Da dies erfolglos blieb, wandten sich die Braunschweiger Genossen an die Zentralkommission der U. S. P. D.

Das Ergebnis ist die folgende Erklärung:  
„Die Zentralkommission hat sich mit dem im Braunschweiger „Volksfreund“ am 9. Februar dieses Jahres veröffentlichten Brief

Dertters beschäftigt. Da Dertter zugegeben hat, diesen Brief als Entwurf geschrieben zu haben, steht der Sachverhalt fest.

Die Zentralkommission hat einstimmig beschlossen: Gegen Dertter ist sofort das Ausschlußverfahren aus der Partei einzuleiten. Sein Landtagsmandat hat Dertter sofort niederzulegen.

Berlin, den 10. Februar 1922.

Die Zentralkommission der U. S. P. D.  
Crispien. Dittmann. Ledebour.

Aus Braunschweig wird uns ferner mitgeteilt: Der Bezirksvorstand sowie die Bezirksleiter und die Ortsleitung der Stadt Braunschweig beschäftigten sich mit dem Fall Dertter und kamen zu dem Resultat, daß Dertter fallengelassen werden muß.

## Die französische Note für Genua

Die französische Regierung hat an ihre Vertreter im Auslande eine Note verschickt, die sich mit der Konferenz in Genua befaßt. Aus dem Inhalt sei folgendes wiedergegeben:

Die Einladungen sind erfolgt im Namen der auf der Konferenz von Cannes vertretenen Mächte, unter denen sich Frankreich befindet. Die französische Regierung hat daher weder ihre Zustimmung noch ihre Ablehnung zu einer Einladung ausgesprochen, an deren Abendung sie selbst teilgenommen hat. Sie könnte jedoch auf die Teilnahme an der Konferenz verzichten, wenn die Einladung unter Bedingungen angenommen würde, die ihre Rechte schädigen oder ihre Interessen in Frage stellen würden. Im Laufe der Konferenz von Cannes haben die alliierten Regierungen angenommen, daß das Telegramm Tschischerins vom 8. Januar die Annahme der durch die Resolution vom 6. des gleichen Monats gestellten Bedingungen durch die Sowjets darstelle. Diese Ansicht ist indessen nicht offiziell ausgesprochen worden, und die Sowjets geben ihrerseits in der offiziellen Antwort keine Antwort auf die Bedingungen vom 6. Januar. Wenn also die Sowjetregierung oder irgendeine andere Regierung durch ihre Antwort oder durch ihre offiziellen Erklärungen zu verstehen gäbe, daß sie die Bedingungen vom 6. Januar nicht in ihrem vollen Umfange und im voraus annähme, so könnte die französische Regierung eine Delegation auf die Konferenz von Genua entsenden. Weiter ist es wünschenswert, damit die französische Regierung an den Arbeiten der Konferenz von Genua teilnehmen könne, daß

zwischen den alliierten Regierungen ein vollständiges Einvernehmen

über die Auslegung der Artikel ihres Programms bestehe.

Es ist augenscheinlich, daß eine derartige Erklärung nicht genügt wird; ohne Zweifel würden die Regierungen, die etwa den Wunsch hegten, sich den Bedingungen vom 6. Januar zu widersetzen, den Versuch machen, durch die Lücken des Programms hindurchzuklüpfen, wenn dieses nicht in absolut klarer Weise und auf einem unanfechtbaren Plan aufgebaut wäre. Es ist also vor allem nötig, daß die alliierten Regierungen sich über die Auslegung der in der Resolution von Cannes enthaltenen Grundzüge selbst verständigen.

Besonderer Nachdruck wird darauf gelegt, daß einer der Artikel der Resolution von Cannes bestimmt, daß alle Mächte sich einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu enthalten haben. Es heißt in der Note wörtlich: „Die verbündeten Mächte würden also verpflichtet sein, in die Organisation und in die Regierungsform Deutschlands nicht einzugreifen, besonders, wenn es sich um eine

Restaurierung der Hohenzollern

oder irgendeine andere Militärmonarchie handelt.“

Der zweite Grundsatz behandelt die Achtung vor den privaten ausländischen Gütern und Interessen. Die praktische Anwendung dieses Grundsatzes kann sich aus den inneren Rechtsverhältnissen eines jeden Landes ergeben. Aber wenn sie auf Grund der inneren Rechtsverhältnisse unausführbar ist, so würde es angemessen sein, internationale Bestimmungen ins Auge zu fassen, die ein entsprechendes Maß von Sicherheit bieten.

Der dritte Grundsatz, „Anerkennung der öffentlichen Schulden, Pflicht zur Rückgabe bzw. zur Schadenergütung“, bedarf ebenfalls der Aufklärung. Wenn diese Schuld anerkannt und diese Verpflichtung übernommen worden ist, so muß untersucht werden, wie dieses Verfahren praktisch durchzuführen ist.

Die Note hebt hervor, daß die Alliierten die Verpflichtung, ihre Schulden zu bezahlen, niemals bestritten haben, und fragt dann, welche Behandlung die Forderungen erfahren werden, die die Russen ihrerseits in dieser Beziehung stellen werden.

Der vierte Punkt der Erklärung von Cannes bezieht sich auf die finanziellen Lausmittel und das Geldwesen.

Die praktische Anwendung dieses Grundsatzes muß vor allem dazu führen, daß gewisse Staaten die Verpflichtung übernehmen, bei ihrem Verkehr bzw. dem ihrer Bürger mit anderen Mächten sich nach den Geld- und Finanzsystemen zu richten, die in anderen Ländern üblich sind.

Nach dem 5. Grundsatz müßten alle Nationen die Verpflichtung übernehmen, sich jeder Propaganda zu enthalten, die geeignet ist, die Ordnung und das politische System in anderen Ländern zu untergraben.

Die praktische Anwendung dieser Bedingung läßt sich nur so denken, daß die Staaten sich verpflichten, eine derartige Propaganda weder direkt noch indirekt zu betreiben und eine Gesetzgebung innerhalb ihres Gebietes einzuführen, die geeignet ist, Privatpersonen, die eine solche Propaganda unternehmen würden, daran zu verhindern und sie zu bestrafen.

Weiter wird besonders ausführlich die 6. Bedingung behandelt, die bestimmt, daß sich jeder Staat

eines Angriffs auf seine Nachbarn

zu enthalten habe. Frankreich stellt die These auf, daß ausdrücklich festgestellt werden müsse, daß diese Verpflichtung den Verbündeten keineswegs die Rechte entziehen dürfe, die im Vertrage von Versailles gegeben werden, d. h. also gegebenenfalls gegen Deutschland Zwangsmassnahmen durchzuführen, die dieses nicht als Feindseligkeiten betrachten dürfe. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß jeder Konflikt wenigstens bei Staaten, welche dem Völkerbund angehören, vor Ausbruch der Feindseligkeiten zunächst dem Völkerbunde unterbreitet werden muß.

Indessen steht dem nichts im Wege, daß Staaten oder Staaten-Gruppen Sonderkonventionen abschließen oder sich gegenseitig ihre territoriale Integrität gewährleisten. Die Gruppe der Entente ist ein Beispiel hierfür.

Die Note wendet sich hierauf wieder den einzelnen Punkten des Programmwerkes zu und sagt u. a.: Der zweite Artikel des Programmwerkes behandelt die Erreichung des europäischen Friedens auf fester Grundlage. Dieser Artikel scheint sich direkt auf Punkt 6 der Resolution von Cannes zu beziehen. Sollte er sich noch auf etwas anderes beziehen, so müßte dies im einzelnen klargestellt werden. Dasselbe gilt von Artikel 3, betreffend die Bedingungen, die notwendig sind zur

Wiederherstellung des Friedens und des Vertrauens

ohne Eingriff in die bestehenden Verträge. Die Wiederherstellung des Vertrauens wird viel mehr das Ergebnis einer Änderung in der Mentalität der Völker sein, die bisher daran gearbeitet haben, die europäische Ordnung zu zerstören, anstatt danach zu trachten sie zu festigen.

Die folgenden Artikel beziehen sich mehr auf technische Fragen (Artikel 4 auf finanzielle, 5 auf wirtschaftliche und kommerzielle, 6 auf das Transporthwesen).

Die Note schließt: „Es wurde in Vorstehendem bereits bemerkt, daß die Zeit sehr kurz ist um ein so umfangreiches Programm vorzubereiten. Aus diesem Grunde scheint es möglich, eine Vertagung des Zusammentritts der Konferenz ins Auge zu fassen; es müßten wenigstens drei Monate verstreichen, ehe sie sich mit Aussicht auf Erfolg versammeln könnte. Undernfalls legt sie sich der Gefahr aus, sich in Unordnung und Verwirrung aufzulösen.“

# Große Streifdebatte im Stadtparlament

Eine zehnstündige Dauer Sitzung / Die Rechtssozialisten stimmen für Maßregelungen

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern in einer von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends währenden Dauer-Sitzung den Streik der städtischen Arbeiter besprochen. Das positive, durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommene Ergebnis ist so merkwürdig, wie wohl selten eine solche Debatte geendet hat: Sowohl der Vertrauensantrag von der S. P. D. bis zur Deutschen Volkspartei wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt, als auch der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Stimmen der U. S. P. D. und A. P. D. Das Ergebnis dieser denkwürdigen Abstimmung ist also, daß der Magistrat weder das Mißtrauen, noch das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung hat. Ein anderes positives Ergebnis dieser Dauer-Sitzung ist die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei sich bereitgefunden hat, sowohl den Antrag der U. S. P. D., der unten im Wortlaut wiedergegeben wird, als auch den Antrag der Kommunisten: „Maßregelungen finden nicht statt“ abzulehnen. Sie hat sich also mit ausgesprochenen Maßregelungen einverstanden erklärt. Jeder Kommentar zu diesem Verhalten würde die Wirkung der Tatsache nur abschwächen.

Die Sitzung begann damit, daß zwei Vorlagen des Magistrats, die eine über die Besoldung der Beamten und die andere über eine neue Erhöhung der städtischen Tarife den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Dann hielt der Oberbürgermeister Böh eine Rede, in der dieselbe schärfmächterische Note angeschlagen wurde, wie in der letzten Rede des Reichsanwalters Wirth. Der Oberbürgermeister schilderte einleitend die chronologische Entwicklung der Ereignisse und rechtfertigte seine Maßnahmen — Einzug der Technischen Nothilfe — mit der Billigung durch den Magistrat. Der Oberbürgermeister äußerte die Auffassung, daß der vom Reichsarbeitsministerium geäußerte Sprechspruch den Arbeitern zu weit entgegen gekommen sei, die Interessen der Gemeinde Berlin seien von dieser Reichsbehörde den Bedürfnissen der Reichspolitik untergeordnet worden. Wiederholt spendete der Oberbürgermeister der Technischen Nothilfe das höchste Lob. Er versicherte zwar, daß die Wiedereinstellung nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen soll, indes ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter nur nach Bedarf wieder eingestellt werden sollen. Wie auslegungsfähig dieser Begriff nicht nur durch die Tätigkeit der unteren Organe, Direktoren und Betriebsleitungen erscheinen muß, sondern auch durch den Geist, der aus der Rede des Oberbürgermeisters selbst klang, bewies der Schluß der Rede. Der Oberbürgermeister sprach in Wendungen, die den lebhaften Beifall der Rechtsparteien fanden, davon, daß damit Schutz gemacht werde, einer kleinen Anzahl Menschen zu erlauben, „Berlin das Messer an die Gurgel zu legen“. Der Einzug der Technischen Nothilfe habe diese Waffe kumpf gemacht. Der Oberbürgermeister ging in seiner Verherrlichung der Technischen Nothilfe so weit, daß er unwahre Behauptungen aufstellte. So erklärte er, daß sich in Spandau die Führer der U. S. P. mit 40 Arbeitern der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt haben; er mußte noch in derselben Sitzung zugeben, daß er durch eine Namensverwechslung irreführt worden sei. Unter den Anträgen sind hervorzuhellen ein Antrag der Demokratischen Fraktion, der aus städtischen Mitteln der Leistung der Technischen Nothilfe 50 000 Mark und ein anderer von Cohnern, der 100 000 Mark für denselben Zweck überwiesen wissen will.

Weiter beantragten die Demokraten zur Nachprüfung der Vorgänge beim Streik einen besonderen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

## Die Diskussion.

Als erster Diskussionsredner, die in der Reihenfolge der Fraktionsstärke aufmarschierten, sprach der Stadtverordnete Vrat (S. P. D.). Er gab im Namen seiner Fraktion der unzweideutigen Mißbilligung über das ungewerkeltliche Vorgehen der Streikenden und ihrer schamlose Ausbeutung der Durchführung seiner Richtlinien für die Wiederherstellung Verfahren wurde und schloß seine Ausführungen mit einer lebhaften Polemik gegen die Kommunisten.

## Stadtv. Neimann (U. S. P.):

Der Magistrat hat einen schweren Fehler begangen. Man darf nicht verkennen, daß durch den Eisenbahnerstreik und den Erlaß in erster Linie die Atmosphäre geschaffen wurde. Es ist nicht meine Aufgabe, über den Hergang des Streikes zu sprechen. Man kann als Gewerkschafter und Arbeiter an den Methoden viel ausfinden haben. Aber wir sagen, wenn die Dinge so gelaufen sind, ist der Magistrat nicht ohne Mitschuld. Ich will darauf hinweisen, daß der Tarifvertrag am 1. Oktober zum 31. Dezember gekündigt worden war. In diesem Vierteljahr hatte der Magistrat genügend Zeit. Der Magistrat mußte wissen, daß so lange ausgebeutete Lohnverhandlungen beantragend wirken und die Arbeiter in eine Situation bringen müßten, die nicht im Interesse der Stadt liegt. Wir wissen, daß zwischen dem Oberbürgermeister und der preussischen Regierung sehr intime Beziehungen bestanden haben. Es kommt nun darauf an, ob diese Beziehungen gestiegen werden in einem Sinne, die der Stadt und der Bevölkerung dienen oder im Hinblick auf den Augenblick, wo man dem verdächtigsten Gegner eins auswischen kann. Diese Beziehungen sind während der Zeit des Streiks wieder aufgenommen worden. Ich frage den Herrn Oberbürgermeister nun, welche Rückschlüsse sind ihm erteilt worden? Wir haben den Eindruck, daß der Streik der städtischen Arbeiter einzelnen Personen des Magistrats außerordentlich gelegen kam. Diese Gelegenheit ist angefaßt der Stimmung, die in weiten Bevölkerungskreisen herrscht, wahrgenommen worden. Man glaubte der Arbeiterbewegung, vor allem

den städtischen Arbeitern eins auswischen zu können, daß sie in nächster Zeit nicht wieder versuchen würden, gegen den Staat zu töten.

Nun in aller Freundschaft einige Worte an die Herren der Kommunistischen Partei. Sie haben in erster Linie die Dinge eingeschätzt wie sie ihrer ganzen geistigen Einstellung entspricht, durch diese Dinge die Weltrevolution herbeizuführen. (Unruhe links.) Ich bin zu dieser Beurteilung um so mehr berechtigt, als die Beschlüsse der Obliquenkonferenz das beweisen.

Wir werden niemals unsere Zustimmung dazu geben, daß der Magistrat eine Nachpolitik gegen die auf der Straße geliebten Arbeiter ausübt. In den städtischen Betrieben und deren Verwaltung darf das Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise angefaßt werden. In diesem Sinne muß man die Stimmung der Arbeiter heute verstehen. Wo geschulte gewerkschaftliche Arbeiter in Frage kommen, laufen die Dinge eben anders und man sollte sich hüten, Wind zu fassen, um Sturm zu ernten. Weiter kommt hinzu, daß einzelne Betriebsleitungen und Werkdirektoren selbständig Maßregelungen gegen den Willen des Magistrats vorgenommen haben. Die Inbetriebnahme der Straßenbahn wird verhindert, weil anscheinend das Ausbleiben der Arbeiter noch nicht so vorgenommen werden konnte, wie es der Herr Stadtbaurat wünscht. Der Redner weist auf eine Auslassung in der Presse hin, wonach ungefähr 10 Prozent der Be-

beiter überflüssig erscheinen, die nicht wieder eingestellt werden sollen. Das steht im Widerspruch zu Ihrem Versprechen.

Der Oberbürgermeister hat die Technische Nothilfe und die Spitzenorganisationen gelobt. Die Herren, die von diesem Lob betroffen sind, werden sich selbst dazu äußern. Etwas anderes ist es mit der Technischen Nothilfe. Hier muß ich sagen, daß der Oberbürgermeister Ausführungen gemacht hat, die man vor unabhängigen Menschen nicht macht. Der Redner verwahrt sich gegen die Vorwürfe, die der Oberbürgermeister gegen die U. S. P. erhoben hat und ersucht Namen zu nennen. Wenn irgend etwas der Arbeiterchaft die Augen öffnet über die Technische Nothilfe, dann

## dieses Judasgeschweil.

Ich sage Ihnen: Hüten Sie sich vor allen schärfmächterischen Ideen und glauben Sie nicht, Sie können mit den städtischen Arbeitern Karnaval spielen. Blut ist noch immer kostbarer als Wasser. Wir werden den städtischen Arbeitern beweisen, daß im gegebenen Falle

die gesamte Arbeiterschaft an ihrer Seite steht.

Wir wissen nicht, wie dieser Kampf ausgehen wird. Aber der Schaden, den das Wirtschaftsleben Berlins erleidet, der läme auf

# Große öffentliche Versammlungen

am Dienstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Graumanns Festsäle, Raunynstraße 27
- Prachtsäle des Otens, Frankfurter Allee 48
- Schulaula, Pallasstraße 15
- Pharusäle, Müllerstraße 142
- Böhms-Brauerei, Prenzlauer Allee 247
- Stadt-Theater, Alt-Moabit 47-49
- Neukölln-Brick, Kliems Festsäle, Hasenheide
- Schöneberg, Fichte-Schule, Kolonnenstraße 22
- Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Loge, Kaiser-Friedrich-Straße 87

Am Mittwoch, den 15. Februar, abends 7 Uhr

Weißensee, Aula Realgymnasium, Wölkpromenade

Tagesordnung:

## Die politische Lage

Steuertkompromiß / Koalitionspolitik / Eisenbahnerstreik

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Parteigenosseninnen und Genossen! Erscheint in Massen!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U.S.P.D.

das Konto derjenigen, die die Situation überschätzt haben, und nur nach ihrem Machtwort gehen. Hinter den Arbeitern, die Sie maßregeln wollen, steht die Unabhängige Sozialdemokratie.

Wir billigen nicht alles, was während des Streiks geschehen ist, wir stellen uns aber rückhaltlos auf die Seite der Kollegen, die auf der Straße geblieben sind. Der Magistrat muß alles vermeiden, um zukünftigen Konflikten Nahrung zu bieten. Das wäre eine Tat, die größer ist, als die, Arbeiter zu maßregeln.

Nach der Rede des Genossen Neimann wandte sich Oberbürgermeister Böh gegen den Vorwurf, schärfmächterische Gesinnung zu hegen, und mußte zugeben, daß sich inzwischen die von ihm aufgestellte Behauptung, daß ein U. S. P.-Führer sich mit Arbeitern der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt habe, als unzutreffend herausgestellt habe. Im Namen der Deutschnationalen Volkspartei sprach Stabv. Fabian. Er suchte den Ton der Rede des Oberbürgermeisters an Schärfe noch wesentlich zu überbieten und forderte, daß die Wiedereinstellung der Arbeiter auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden müsse. Er empfahl die in diesem Sinne gestellten deutschnationalen Anträge und forderte die Neuwahl der Betriebsräte. In der Form gemäßigter, im Inhalt desto schärfer sprach der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Stadtv. Dr. Veilg. Er begann mit einem außerordentlichen Lob der Technischen Nothilfe in einer Form, die nicht nur den lebhaftesten Widerspruch der linken Seite des Hauses, sondern auch eines Teiles der Tribünenbesucher hervorrief. Er bezeichnete den Streik als eine Revolte gegen das Bürgertum und zugleich gegen die Gewerkschaften. Auch er forderte, die Wiedereinstellung der Arbeiter zu einem Abbau der „überflüssigen Arbeitskräfte“ zu benutzen. Auf den Zuruf: Und die Beamten? griff er die sozialistischen Stadträte als überflüssige Beamte an. Auch er griff die Aeußerung des Oberbürgermeisters auf, daß das Reichsarbeitsministerium in seinem Schiedsspruch zu weit gegangen sei, und bezeichnete den Schiedsspruch als einen Machtspruch. Während der Streik der städtischen Arbeiter herbeigerufen wurde durch die Verschleppungstaktik des Magistrats und in erster Linie als ein Kampf um wirtschaftliche Ziele gelten muß, glaubte der Stadtv. Schumacher (A. P. D.), getreu der kommunistischen Methode, jeden Kampf der Arbeiter als Vorpann für die Putzkräfte der A. P. D. zu benutzen, den Streik als einen Kampf hinzustellen, der politische Ziele verfolgte. Die A. P. D. arbeite darauf hin, daß jeder Kampf politische Ziele verfolge. Der Stadtbaurat Wlber gab inzwischen die Erklärung ab, daß heute erst 24 Linien der Straßenbahn in Betrieb genommen werden konnten, daß er aber hoffe, in einigen Tagen den vollen Betrieb wiederherstellen zu können. Auch er führte aus, daß bei der Straßenbahn keine uneingeschränkte Aufnahme der Arbeiter möglich sei, sondern aus Sparmaßregeln die größte Einschränkung befolgt werde. Stadtv. Dr. Michaelis (Dem.) führte Bedürfnis, sich an unserem Genossen Neimann zu reiben und bezeichnete in einer Polemik den Generalstreik als Generalunfug. Er schilderte dann in den schwärzesten Farben die furchtbaren Streiklage und empfahl die demokratischen Anträge, besonders aber den Antrag auf Umgestaltung der städtischen Werke in die Form einer Gesellschaft mit Aufnahme des Privatkapitals. Der

Stadtv. Müller-Franken, der die Auffassung der Wirtschaftspartei darlegte, forderte vor allem eine Forderung des Betriebsrätegesetzes. Stadtv. Becker, ein Führer der christlichen Gewerkschaften, erklärte namens der „Christlich-nationalen“ Arbeiterchaft, daß er von dem Streik weit abstände. Für ihn zeigte der Streik den Zusammenbruch der sozialistischen Politik. Besonders hat es dem Herrn wehe getan, daß der ungerufene Vertreter der Christlichen Gewerkschaften bei den Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Freien Gewerkschaften hinauskomplimentiert worden ist. Knüppel-Ränge benutzte die Gelegenheit zu einer großen politischen Rede gegen alle, gegen die Arbeiter, gegen die Streikleitung, gegen die Linksparteien, gegen die Rechtsparteien, gegen den Magistrat, gegen die Reichsregierung und gegen den Reichspräsidenten. Er unterbreitete der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, der den Magistrat ersucht, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, einen neuen, verfassungsgemäßen und tüchtigen Reichspräsidenten wählen zu lassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Nachdem der Stadtv. Reuter (Friesland) im Namen der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft noch einige Ausführungen gemacht hatte, marschierte die zweite Rednerreihe aller Fraktionen auf. Es sprachen die Stadtv. Haß (S. P. D.), Wäbke (Deutschn.), von Cohnern (D. Sp.). Als zweiter Redner der U. S. P. sprach Gen. Dr. Wenl. Er hob hervor, daß gewiß auch in diesem Streik die gesamte politische Lage der Arbeiterschaft einen Einfluß ausgeübt habe. Unsere Partei weise es aber entschieden zurück, derartige Kämpfe der Arbeiterschaft zu politischen Putschgelegenheiten zu mißbrauchen. Er legte dar, daß der Erlaß Eberts und die ungeheuerlichen Bestimmungen des Polizeipräsidenten Richter Delius Feuer ergossen und die Erregung der Arbeiterschaft gesteigert haben. Gen. Wenl wies darauf hin, daß nicht die städtischen Arbeiter den Tarif gekündigt haben, um neue Forderungen zu stellen, sondern daß der Magistrat den Tarif gekündigt hat, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verschlechtern. Gen. Wenl beschäftigte sich mit der Sabotage der unteren Organe und zeigte an einzelnen Beispielen, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen politische Maßregelungen stattfinden, obwohl sich Arbeiter in genügendem Zahl gemeldet haben, hat man z. B. in der Hauptwerkstatt der Straßenbahn 800 Arbeitswillige gewaltiam aus dem Betrieb hinausgedrängt und hat dafür in den bürgerlichen Zeitungen Inzerate aufgegeben, in denen Ersatz für die zurückgewiesenen städtischen Arbeiter verlangt wurde. Oberbürgermeister Böh, dem die Rede unseres Genossen Wenl nicht gefiel, suchte die Verantwortung auch für seine eigenen Handlungen ausschließlich den sozialistischen Magistratsmitgliedern aufzubürden. Der Oberbürgermeister gab eine Erklärung ab, die man sich merken muß. Er führte nämlich aus, daß der Magistrat und daß auch er und der Räumerver gegen eine Wiedereinstellung der städtischen Werke in Privatgesellschaften seien.

Es wurde dem Genossen Ulrich bei einer persönlichen Bemerkung in der er eine dem Oberbürgermeister sicher sehr unangenehme Mitteilung machen wollte, durch die Wut der bürgerlichen Parteien das Reden unmöglich gemacht. Genosse Neimann wandte sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Stadtverordneten Michaelis und stellte fest, daß die Auffassung der „Freiheit“ über die Vorgänge zum Streik auch die Auffassung der Fraktion sei.

## Die Abstimmung.

Die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge gestalteten sich infolge der Hilflosigkeit des Vorstehers außerordentlich schwierig und führten zu derartig stürmischen Szenen, daß die Ergebnisse der Abstimmung auf der Presstribüne nur mit großer Schwierigkeit festgestellt werden konnten. Wie wir schon in der Einleitung mitgeteilt haben, wurde ein Kompromiß-Antrag, der die Erklärung des Magistrats billigt und justum, daß Wiedereinstellungen nur nach Maßgabe des Bedarfs vorgenommen werden, abgelehnt. Für ihn stimmten die Parteien der S. P. D. bis zur Deutschen Volkspartei, gegen ihn Unabhängige, Kommunisten und Deutschnationalen. Desgleichen wurde der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Stimmen der U. S. P. und A. P. D. abgelehnt. Weiter wurde abgelehnt folgender Antrag der U. S. P. D.:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, ausnahmslos sämtliche Arbeiter und Angestellten, welche sich im Streik befinden und sich zur Aufnahme der Arbeit gemeldet haben, wieder mit ihren alten Rechten einzustellen.

Die Rechtssozialisten und bürgerlichen Parteien stimmten dagegen und auch das Zentrum (die christlichen Arbeitervertreter!) sprachen sich für Maßregelungen aus. Die Anträge über Unterstützung der Technischen Nothilfe wurden einem Ausschuß überwiesen, ebenso eine ganze Reihe der übrigen bürgerlichen Anträge. Gegen 10 Uhr abends schloß der Vorsteher die Sitzung.

## An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gemeindeverwaltungen Berlins!

Die Obliquenkonferenz hat am Mittwoch, den 8. Februar 1922, den Abbruch des Streiks beschlossen. Mit dem Magistrat sind Vereinbarungen getroffen, nach denen den eintretenden Kollegen ihre tariflichen Rechte auf Grund ihres Dienstalters gewahrt bleiben. Soweit Schwierigkeiten bei der Anstellung bestehen und Zurückweisungen einzelner oder einer größeren Anzahl erfolgen, werden diese Fragen schnellstens durch besondere Kommissionen geprüft werden. Die Organisationen sind mit allen Kräften bestrebt, Nachteile von der Kollegenchaft fernzuhalten. Die Vertreter des Magistrats haben versprochen, daß keine Nachpolitik getrieben werden soll. Wir ersuchen die Kollegen dringend, allenthalben sich zur Wiederaufnahme der Arbeit zur Verfügung zu stellen. Kollegen, deren Annahme verweigert wird, haben sich umgehend in den Verwaltungsstellen ihrer Organisation zu melden.

Die Organisationen können keine weitere Verantwortung bei Nichtaufnahme der Arbeit übernehmen.

- Das Lohnkartell für den Gemeindebetrieb.
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband.
- Zentralverband der Heizer und Maschinisten.
- Verband der Gärtner- und Gartenarbeiter.

Die neuen Anstellungsgrundzüge für Militärwärter. Seitens der Vertreter der Reichsressorts und der Landesregierungen sind nunmehr neue Anstellungsgrundzüge für Militärwärter in einem Entwurf zusammengestellt, der dem Reichsrat und einem Mitgliedigen Ausschuß des Reichstages zur Zustimmung vorgelegt werden soll.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Schweden. Der schwedische Reichstag bewilligte nach längerer Debatte 20 Millionen Kronen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1922.



Zweifelhafte Notwehr

Am Sonntag abend ist in der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln ein Mann von einem Schupoemann in Zivil erschossen worden.

Am Sonntag um 10 1/2 Uhr kam ich mit meinem Bruder Felix die Kaiser-Friedrich-Straße entlang. Infolge der Glätte rutschte mein Bruder aus und stieß dabei einen vorbeigehenden Herrn an.

Auf der Rettungswache in der Prinz-Handjery-Straße hat ich den Arzt, zu meinem Bruder zu kommen. Weil aber keine Besuche gemacht werden, lehnte man mir die Hilfeleistung ab.

In der Wohnung fand ich dann das Ueberfallkommando vor. Der Arzt stellte den bereits einsetzenden Tod meines Bruders fest. Darauf stellte ich mich der Polizei zur Verfügung und wurde bis früh 3 1/2 Uhr verhört.

Da von der Polizei über diesen Vorfall eine Meldung verbreitet wurde, wonach ein Beamter einen Straßentäuber in Notwehr erschossen habe, baten wir dort um Aufklärung.

Es hat sofort eine kriminalpolizeiliche Untersuchung der Angelegenheit stattgefunden, in der sowohl der Zeuge Stoch wie auch Oskar Günther und der Gastwirt Janzer verhört worden sind.

Diese Darstellung, deren Richtigkeit von dem Bruder des Erschossenen ganz entschieden bestritten wird, ist unseres Erachtens nicht geeignet, den Fall zu klären.

Die Höchstmietenzuschläge

Das Mieteneigungsamt der Stadt Berlin gibt bekannt: Am 10. Dezember 1921 ist den Vermietern auf Antrag die Zustimmung zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. April 1922 bei einer Kündigungsfrist von wenigstens 3 Monaten durch einstweilige Anordnung gegeben worden.

Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Die Kehlen waren trocken vom Singen und von der Sonnenwärme, und das Bier rann gar süß und kühl in den Mund. Die Fischer hatten ihre großen Hosentaschen gefüllt mit Kupfer und Nickel, und sie warfen es in Bächen dem Wirt auf den Schenkstisch.

Unentwegt zog die Gesellschaft weiter: vom „Dorstigen Ridder“ zum „Sterre“, von dort weiter zum „Lompa“ und zum „Kreispöel“ und zum „Fuidgracht“ und zur „Galgenstafel“ und zur „Groene Wei“.

1) Gründling. — 2) Grillenzücht. — 3) Froschgraben. — 4) Galgenbaum. — 5) Grüne Weide.

Die Einigung wird entsprechend den bisher ergangenen und zu erwartenden Entscheidungen des Mieteneigungsamtes im Einverständnis mit dem Ausschuss der Vermieter- und Mieterbeisitzer wie folgt vorgeschlagen:

Das Mietverhältnis wird über den 1. April 1922 hinaus bis zum 30. September 1922 verlängert. Als Mierte ist ab 1. April 1922 die Friedensmiete zuzüglich des an diesem Tage geltenden Höchstzuschlages zu zahlen.

Falls bis zum 3. März 1922 ein Antrag auf mündliche Verhandlung von dem Vermieter bei der zuständigen Abteilung des Mieteneigungsamtes nicht eingereicht wird, gilt der bereits gestellte Antrag auf Zustimmung zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. April 1922 als erledigt.

Die Milchlieferung wieder normal

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin — Milchamt — weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß auch in der Zeit des Eisenbahnstreiks sämtliche Milchhändler für die Kartenkunden mit Milch beliefert worden sind, so daß jeder Karteninhaber in den Milchgeschäften und in den Abmelkwirtschaften Milch auf Karten — in der Zeit vom 3. bis einschließlich 8. d. M., in den Kleinhandlungsgeschäften allerdings zum Teil gekürzt — erhalten haben muß.

Die städtischen Volksspeisungen

Der Magistrat Berlin machte der Stadtverordnetenversammlung von seinem Beschlusse Mitteilung, wonach zum April der Betrieb der Berliner Volksspeisungen eingerichtet werden soll. Hierzu wird jetzt vom Bezirksamt Södingberg beauftragt, daß die dortige Volksspeise in der Grunewaldstraße erhalten und sogar ausgestaltet werden soll.

Achtung! Gasverbraucher

Die Direktion der städtischen Gaswerke macht bekannt: Bei Wiederaufnahme der Arbeit in den Gaswerken ist es nicht möglich, sofort Gas abzugeben. Der Beginn der Gasabgabe wird noch durch die Presse bekanntgegeben.

Der Lehrplan der Aufbauschule

Ueber die erste Berliner städtische Aufbauschule, deren Erziehung in Adlershof die Bezirksversammlung Treptow gegen die 10 Stimmen der Rechtsfraktion zugestimmt hat, wird uns noch berichtet: Der Lehrplan wird demjenigen der sogenannten „verkürzten Realschule“, wie er an der ehemaligen königlichen Gymnasium errichteten Kämpf-Realschule eingeführt ist, gleichen.

hatten die Kermel bis über den Ellenbogen aufgekrempt, in hohem Schwunge füllten sie die Krüge, daß es schäumte, und sie schafften, daß sie schwitzten.

„Hierher Ranse, hierher Tilde, hierher Fietzine!“ — und alle Hände griffen zu.

„Sofort, sofort“, und die Töchter nickten und antworteten nach allen Seiten und ließen sich ungestört in ihre runden Arme und Schultern knien. Die Stüber rollten über den Tisch, das Bier stürzte und rann die Kehlen hinab, über Bänke und Stühle und spritzte auf den Estrich.

Jetzt aber stellte der Spielmann sich kerzengrade auf einen Tisch, behnte den Blasebalg seiner Ziehharmonika, und eine hurtige Tanzweise erklang. Niemand rührte sich und gab acht. Erst allmählich standen die Mädchen auf, drängten Stühle und Tische gegen die Mauer, griffen einen Mannsbilde um die Hüften und sprangen mit ihm im Tanzstille rundum.

1) Viktorine.

Der Eisenbahnverkehr

Seit gestern werden auf der Stadt- und Ringbahn und den anschließenden Vorortstrecken wieder 50 Prozent der normalen Zugzahlen gefahren, so daß auf der Stadtbahn an Stelle des 2 1/2-Minuten-Betriebs der 5-Minuten-Betrieb und auf der Ringbahn an Stelle des 5-Minuten-Betriebs der 10-Minuten-Betrieb eingerichtet ist.

Hausarbeitsentgeltgesetz

Zu einem Hausarbeitsentgeltgesetz als Aenderung des Hausarbeitsgesetzes liegt jetzt der Referentenentwurf vor. Er sieht ein Verfahren aus gemeinsamer Festsetzung von Mindestentgelten für mehrere Hausarbeitsgebiete oder Fachauschussbezirke als erforderlich, insbesondere, um in der Heimarbeit eine Abwanderung aus einzelnen Gebieten zu vermeiden, so kann die Landesverwaltungsbehörde und der Reichsarbeitsminister anordnen, daß das Verfahren vor einem Gesamtfachauschuss stattfindet, und den Bezirk des Gesamtfachauschusses bestimmen.

Neuwahl der Stadtschulinspektoren in Neukölln. Das Bezirksamt Neukölln hat zu Stadtschulinspektoren den Mittelschullehrer Dr. Hering und den Rektor Ulrich mit dem Vorbehalt gewählt, daß den Genannten die staatliche Schulaufsicht übertragen wird.

Warnung. Vom Magistrat wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind mehrfach Männer in Familien erschienen mit der Angabe, sie seien vom Hauptgesundheitsamt beauftragt, vollständige Schriften über Krankheit zu hohem Preise zu verkaufen, u. a. Sämtliche dieser Angaben sind un wahr. Das Hauptgesundheitsamt hat keinerlei derartige Aufträge an irgendwelche Personen erteilt.

Von der Charlottenburger Kunstgewerbeschule. Wir brachten am 27. Januar eine Notiz über das Kostümfest der Schüler der Kunstgewerbeschule, zu der uns verschiedene Zuschriften, u. a. von der Schule selbst und vom Bezirksamt Charlottenburg zugekommen sind. In den Zuschriften wird betont, daß solche Kostümfeste nicht allein der Unterhaltung dienen, sondern daß solche Feste, die seit Jahren wohl in allen staatlichen Kunstgewerbeschulen veranstaltet werden, auch dazu dienen, daß die Schüler rein praktisch verschiedene Aufgaben lösen lernen, zu deren Vorbereitung ja die Schulen besonders dienen.

Freiheitsabonnenten Lichtberg. Wegen Mangel an Fotofrauen ersuchen wir die Abonnenten der Tour Türschmidtstraße, sich vorübergehend die „Freiheit“ beim Genossen Erdenberger, Türschmidtstraße 8, Laden, abzuholen. Fotofrauen zu höchsten Löhnen werden eingestellt Expedition Eitelstraße 30. Der Verlag.

Die Buchhandlung „Freiheit“ ist heute, Sonnabend, bis 6 Uhr abends geöffnet.

den leise murmelnden Lippen. Mit Andacht lauschten sie auf den Takt der Tanzweise, und selten neigten sie sich flüsternd an das Ohr des Mädchens. Der Sand und der Staub drehten mit dem Tabakrauch in der Luft, und es ward jetzt unerträglich warm zum Ersticken; es war eine laute Gefährlichkeit und Getöse und ein undeutliches Gewirre von einandergeschämigten Paaren mit surrend-kreisenden Köpfen und scharrenden Füßen — sie stießen gegeneinander, drückten sich beiseite, kamen in Reih und Glied und saßen wieder Schwung. Nach jeder Runde ließen sich die Paare auf die Bänke fallen, sie jagten nach Atem und stürzten gierig frische Töpfe Bier hinunter. Neue und andere Kameraden sprangen empor, nahmen den wirbelnden Rundtanz auf, hüftig und schnell, mit Gewalt und Raserei immer rundum drehend, ohne Rast noch Ruhe, so lange wie das antreibende, immer neu anhebende und von vorn anfangende endlose Lied ertönte.

Draußen lag alles still und ruhig in wehmütiger Mondesklarheit; alle Häuschen standen tot und dunkel, kein Fenster hatte Licht; Leben war nur um die große Wirtschast, wo die Jungen von außen ihre Gesichter gegen die Schiben preßten oder sahen an die Tür kamen und um ein Schlüßchen Bier bettelten.

Zan sah jetzt schwindend und abgesehert auf der Bank; seine Augen blickten durch all den Rauch und den dämmerigen Dunst in den tanzenden Wirtshäusern; er kannte all die großen Kerle und strammen Mädchen und sah fürs erste Mal wie ein Fremdling auf all die Leute: seitdem er getraut war, zählte er nicht mehr zu ihnen. Er neidete ihnen ihre helle Lust, indem er jetzt zwischen den Paaren mit dem hochbeinigen Sneyer seine Talle tanzte sah. Sie lieh ihr Haupt vollständig hintenüberknicken, und ihre Augen streiften verflucht nach Zan hinüber, jedesmal daß sie an ihm vorüberwalzte. Diese Tolle war nun sein Weib. War's nicht das Weib, davon er sein Leben lang geträumt hatte wie von einem Rätselweibe, das ihm vieles und gar Geheimnisvolles erschließen sollte?

(Schluß folgt.)

